

„Ist das nötige Geld vorhanden, ist das Ende meistens gut.“

Rede
zur Einbringung des Haushaltsentwurfs
für das Jahr 2013
Würzburg, 18. Oktober 2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

den Haushalt 2013 auf der Einnahmen- und der Ausgabenseite im Haushaltsaufstellungsverfahren „zusammenzuknoten“ erschien zunächst als außerordentlich schwierige Aufgabe. Sie ist aber mittlerweile gelöst. Die mittelfristige Finanzplanung 2014-2016 an ihren Enden „zusammenzuknoten“ erschien noch schwieriger. Auch diese Aufgabe ist gelöst, aber - und dies gilt es freimütig darzustellen - mit aus Sicht des Kämmerers „Schönheitsfehlern“. Die schlechte Nachricht lautet, zur Finanzierung des Zeller Bockes benötigen wir Nettodarlehensaufnahmen, im kommenden Jahr 1,1 Mio. EUR und insgesamt 6,8 Mio. EUR. Ansonsten ist das Vorhaben nicht darstellbar. Der Bau dieser Straße, der für die Einpendler aus dem Landkreis und die Geschäftsleute in der Zellerau vital ist, stellt trotz einer hohen in Aussicht gestellten Förderung, einen zu gewaltigen Kraftakt dar. Wir benötigen hierfür auch die Auszahlung der Fördermittel nach Baufortschritt und nicht erst nach der Schlussrechnung, sonst haben wir einen Vorfinanzierungsaufwand von bis zu 25 Mio. EUR Gesamtinvestitionskosten als „Bugwelle“ und damit „Fahrthemmnisse“ in den nächsten Jahren vor uns.

Die guten Nachrichten lauten: wir können insgesamt das hohe Investitionsniveau halten. Die noch Bessere lautet, wir können auch den Kauf des Hublandes und die einhergehenden hohen Infrastrukturinvestitionen weiterhin im städtischen Kernhaushalt abbilden, ohne Treuhandvertrag oder Gründung einer Zweckgesellschaft zur Projektentwicklung. Um Goethe ein Jahr zumindest pausieren zu lassen, habe ich mich von der schaurigschönen Inszenierung unseres Theaters zur Dreigroschenoper, deren Verfasser Bertolt Brecht heißt, inspirieren lassen. In der Schule mochte ich ihn nicht, aber mittlerweile... Also, aus dem gleichnamigen Stück: „Ist das nötige Geld vorhanden, ist das Ende meistens gut.“

Ein in seiner Zeit bekannter Würzburger Staatsrechtler, Georg von Schanz, drückte es in einer Analyse zum Würzburger Stadthaushalt in den ersten drei Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts wie folgt aus: „In einem Gemeinwesen, selbst bescheidenen Umfanges, treiben nicht selten besondere Ereignisse oder fühlbar werdende Mängel der Zukunft, die ihre Schatten vorauswerfen, die Verwaltung in die Enge, trotzdem sie die oberste Forderung, Mittel für die notwendigen Ausgaben beiseitezustellen, nicht vernachlässigt hat. Der einfachste Weg, aus dieser Notlage zu kommen, wäre Erhöhung der Umlagen und Steuern. Allein in diesem Punkte sind den Gemeinden Schranken gesetzt, [...] zum anderen in der Steuerkraft der Bürger. Eine weitere Möglichkeit, Fonds anzulegen und durch jährliche Zuschüsse zu vergrößern, um im Bedarfsfalle auf sie zurückzugreifen, scheidet öfters an

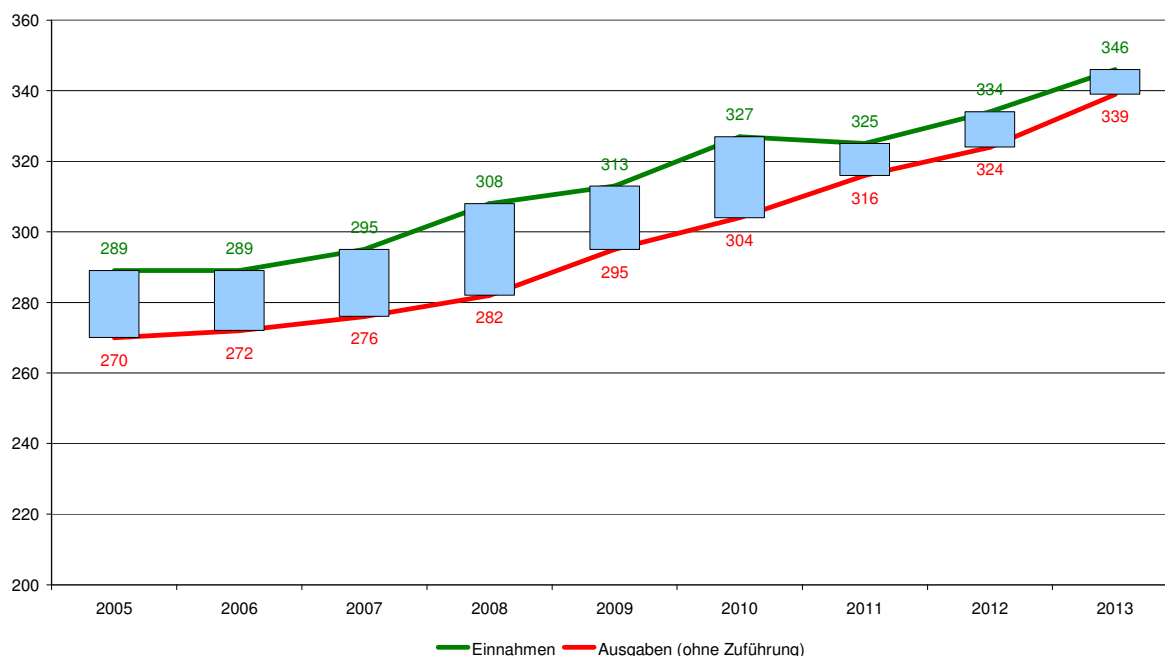
mangelnden Überschüssen, manchmal auch am Willen und Verständnis der Bürger, die nicht zugunsten künftiger Generationen Rücklagen machen wollen.“¹

Diese Bewertung ist heute, über 80 Jahre später, aktuell wie nie. Ich teile sie vollumfänglich. Die Konsequenz ist eine einfache, denn wir müssen bei stagnierenden Einnahmen, die Ausgabenseite hier im Heute im Griff behalten, wenn wir nicht später, sprichwörtlich „mit der Axt“ Haushaltskonsolidierung betreiben wollen. Die Aufgabe zumindest für den Haushalt 2013, aber voraussichtlich auch für die nachfolgenden Jahre, lautet: „Aufwuchshöhenkontrolle betreiben“, d.h. eine Verlangsamung der Ausgabenseite zu erreichen, um der Einnahmenseite Zeit und Gelegenheit zu geben als Fundament unserer haushalterischen Ambitionen mitwachsen zu können. Damit sind die Leitsätze für den Haushalt 2013 auch schon skizziert:

1. Das in 2012 Geplante zielstrebig umsetzen.
2. Keine neuen Themen sofort angehen. Es sei denn alte Themen fallen durch Umpriorisierung heraus.
3. Im Verwaltungshaushalt Zuwächse vermeiden und wo sie nicht vermeidbar sind, „einbremsen“.
4. Im Personalhaushalt äußerste Vorsicht walten lassen. Und
- (5. Nicht klagen.)

Um Ihnen die Thematik vor Augen zu führen, und auch darzulegen warum ich mit recht rigiden Leitsätzen beginne, lohnt sich ein Blick auf die Entwicklung der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes.

Entwicklung Einnahmen vs. Ausgaben Verwaltungshaushalt



Es wird sofort offenkundig, dass wir kein Einnahmenproblem haben. Die Einnahmenseite hat sich im letzten Jahrzehnt außerordentlich erfreulich entwickelt. Wir lagen 2005 (dem ersten

¹ S. von Schanz, Dr. Georg (Hrsg.): „Die Entwicklung des Würzburger Stadthaushaltes von 1909 bis 1929/30“, Leipzig 1931.

Normaljahr nach der haushaltslosen Zeit) bei rd. 290 Mio. EUR auf der Einnahmenseite. Für 2013 können wir von rd. 345 Mio. EUR ausgehen. Dies entspricht einem Zuwachs von 55 Mio. EUR oder (mit Zinseszins gerechnet) von 2,2 % pro Jahr. Nur die Ausgabenseite wächst schneller. Nicht dramatisch, aber stetig und zwar mit jahresbezogenen 2,9 % p.a. Dies wäre an und für sich nicht sensationell und mit kleineren Sparbemühungen beherrschbar, wenn uns nicht zwei Jahre in Folge und nunmehr auch prospektiv für den Finanzplanungszeitraum Sondereffekte belasten würden. Der Rückgang 2011 auf der Einnahmenseite kam durch einen Einnahmeausfall bei der Gewerbesteuer. Wir haben - dies am Rande vermerkt - trotzdem den besten Jahresabschluss der letzten zehn Jahre feststellen dürfen.

2012 allerdings sind die Bezirksumlagenerhöhung sowie der Zugriff der Landeshauptstadt München in den kommunalen Finanzausgleich im Vollzug unseres Haushaltsplanes sowie im Rahmen der Jahresrechnung zu verarbeiten. Dies zehrt zunächst außerplanmäßig, sofern sich dieser Bedarf nicht im Jahresabschluss noch reduzieren lässt. Der Rückgang der Schlüsselzuweisungen ist wohl nur ein vorübergehender Vorgang, aber die Bezirksumlage bleibt als neue Bodensatzbelastung und zieht den Haushalt von 2012 bis 2016 Jahr für Jahr um 6 Mio. und damit in der Summe (6 x 5) um 30 Mio. EUR runter, so dass die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben, wie in der Grafik dargestellt, sich verengt bzw. fast geschlossen bleibt. Und was wir nicht im Verwaltungshaushalt verdienen, d.h. „über haben“, fehlt uns bitterlich bei den Investitionen. Deswegen tut Konsolidierung not. Zu dieser ist diese Verwaltung bereit und ich weiß mich hier von meinem Oberbürgermeister und meinen Referentenkollegen kollegial unterstützt. Bei Brecht heißt es treffsicher: *„Das Schlimmste ist nicht: Fehler haben, nicht einmal sie nicht bekämpfen, ist schlimm. Schlimm ist, sie zu verstecken.“* Dies eingedenk soll hier nicht beschönigt werden, sondern ausdrücklich auf die Probleme und Anforderungen unserer Zeit hingewiesen werden.

Variable „A“ der nächstjährigen Haushaltsgleichung ist daher das Verarbeiten des dauerhaften Anstiegs der Bezirksumlage. Diese wurde Anfang des Jahres durch den Bezirkstag auf 22,5 Hebesatzpunkte neu festgelegt. Grundlage hierfür ist die Umlagekraft der Umlagezahler; - das sind wir. Ermittelt wird diese entsprechend dem Grundsteueraufkommen, der Einkommenssteuerkraft, der Umsatzsteuerbeteiligung und aus 80 % der Schlüsselzuweisungen. Für Würzburg sind dies 29 Mio. EUR nach im Vorjahr noch 22,9 Mio. EUR bei einem Umlagehebesatz von 18,5 Hebesatzpunkten. – Ich halte die Aufgaben, die durch den Bezirk erbracht werden für zentral und wichtig, damit es kein Missverstehen gibt. Insbesondere die Leistungen im Bereich der sozialen Hilfen, hier in der Eingliederungshilfe, der Psychiatrie zur Hilfe in stationären Einrichtungen, sind notwendige und wertvolle Beiträge, in dem vielfach die Qualität den Preis bestimmen muss und sollte.

Erstaunlich finde ich nur, dass wenn der Bezirk ein dickes und richtiges Haushaltsproblem hat, dieses unzureichend thematisiert wird und schlicht und einfach erkennbar über den „Rollgriff“ in die Kassen der Städte und Gemeinden gelöst wird. Damit ist das Haushaltsproblem des Bezirks gelöst und man möchte in dem Fall ironisch sagen, die Thematik „subsidiarisiert“. Es ist dann ein kommunales Problem. Und das kann es nicht sein. Als die Stadt Würzburg 2003 in Nöten war, hat eben dieser Stadtrat sich der Leistungen des Kommunalen Prüfungsverbandes bedient, hat jede auch so kleine freiwillige Leistung auf den Prüfstand gestellt und sich inhaltlich als auch in der öffentlichen Darstellung wahrnehmbar um die Konsolidierung der Kommunalfinanzen bemüht. Ich erwarte eine solche Prüfung des Bezirkshaushaltes durch eine anerkannte Kommunalberatung oder auch durch den BKPV, wie sie jetzt auch wohl bestellt ist. Im Zweifelsfall ist auch beim Bezirk über so manche Leistung kritisch nachzudenken. Kritisch nachdenken heißt nicht zwinglich das Einstellen von freiwilligen Aufgaben oder das Schließen von Einrichtungen. Die Debatte hierüber und zumindest über das Ausloten von Einsparmöglichkeiten ist aber hörbar zu führen.

Natürlich ist es positiv, wenn zumindest der Freistaat mittlerweile laut über die Notwendigkeit, den Bezirken zu helfen, nachdenkt. Gleichwohl warne ich vor einer potentiellen Fehlentwicklung, nämlich der institutionalisierten Umwegentlastung. Es ist nahe liegend, wenn man den Bezirken hilft, dieses zu Lasten des gesamten kommunalen Etats zu unternehmen. Und dies hieße, die Bezirke zu Lasten des Topfes der allgemeinen kommunalen Schlüsselzuweisungen finanziell besser auszustatten. Dies würde die Bezirke vollends der notwendigen Konsolidierungsdebatte entheben und gleichzeitig die Finanzkraft der gemeindlichen Ebene empfindlich auf Dauer schwächen.

Konstante „C“ ist die stetige bzw. chronische Entwicklung unserer Personalkosten, vor allem bedingt durch den chronischen Anstieg des durchschnittlichen Beschäftigungsalters. Das aktuelle Durchschnittsalter unserer Belegschaft liegt bei 46,18 Jahren. Letztes Jahr lag es bei 45,88 Jahren.² (Ich bin in der Zeit mindestens ein Jahr älter geworden.) Damit einher geht der Anstieg der Personalkosten, ohne dass wir den Personalkörper, ausgedrückt in Köpfen, übermäßig entwickelt hätten. 1,5 Mio. EUR Mehraufwand in 2013 sind auf Tarifsteigerungen durch den bereits getätigten Tarifabschluss im Rahmen des TVÖD, der damit bereits heute feststeht, zurückzuführen. Wir gehen von 0,7 Mio. EUR Mehrbedarf bei den Beamten aus, wenn Mitte nächsten Jahres die Beamtenbesoldung (im Wahljahr) nur um 1 % angehoben wird. Wir benötigen für die Ausgleichsansprüche von erbrachten Bereitschaftszeiten der Feuerwehrleute rd. 0,7 Mio. EUR. Ruhestandsversetzungen und die Entwicklung der Beihilfeaufwendungen verursachen gleichfalls 0,5 Mio. EUR. Summa Summarum 3,4 Mio. EUR, ohne einen einzigen neuen Mitarbeiter. Daher auch mein deutlicher Hinweis: Die Bedarfsanerkennung der Zentralen Steuerung zu Gunsten einer Fachdienststelle eine neue Stelle einzurichten, darf nicht als Handlungsauftrag zu ihrer tatsächlichen Besetzung in jedem Einzelfall führen. Hier lässt sich am Leichtesten sparen. Leichter als durch Kürzung in anderen freiwilligen Aufgabenfeldern. Personalkosten stellen permanente dauerhafte Kosten dar. Dementsprechend hat ein „Einbremsen“ in diesem Bereich die längste „Bremsspur“ zur Folge. Die Besetzung neu geschaffener Stellen stellt aber nicht „das Bremsen“, sondern „das Gasgeben“ dar. Daher mein Appell.

Variable „B“, die Bezirksumlagenentwicklung plus die Konstante „C“, die Personalkostensteigerung führt uns direkt zur Resultierenden „A“, der Allgemeinen Rücklage. Deren Entwicklung war bislang ausgesprochen erfreulich. Der Jahresanfangsbestand belief sich auf 12,8 Mio. EUR. Hinzu kommt unsere Konjunkturausgleichsrücklage in Höhe von 1,6 Mio. EUR sowie die LGS-Rücklage in Höhe von 4,5 Mio. EUR. Dies sind 18,9 Mio. EUR, die wir neben dem Schuldenabbau, der vergangenen Jahre auf die Seite legen konnten. Das ist unser gemeinsamer Wurstvorrat. Das berühmte Zitat lautet: *"Meine Herren, eher legt sich ein Hund einen Wurstvorrat an, als eine demokratische Regierung eine Budgetreserve!"* Dieses stammt übrigens vom berühmten Nationalökonom Schumpeter. Dieser demokratisch legitimierte Stadtrat hat eine Budgetreserve aufgebaut. Wir brauchen diese auch Jahr für Jahr, um sie zum Ausgleich der Mittelfristigen Finanzplanung oder des laufenden Haushaltsjahres anzusetzen. Den Verzehr konnten wir dann im Haushaltsvollzug bislang jedes Mal abwenden, entweder weil einzelne Bauvorhaben sich verzögert haben oder weil Mehreinnahmen uns geholfen haben. Ich kann noch nicht abschließend vor Ablauf des aktuellen Haushaltsjahres sagen, wie viele Millionen wir aus der Rücklage für den Vollzug des Planes 2012 entnehmen müssen. Immerhin müssen wir dieses Jahr, wie dargelegt, die wegen München reduzierten Schlüsselzuweisungen (4,4 Mio. EUR) sowie die Sprungerhöhung der Bezirksumlage (5,4

² Der Altersdurchschnitt aller Beschäftigten der Stadt Würzburg einschließlich Eigenbetriebe hat sich wie folgt entwickelt: 1.7.2009: 45,40 1.7.2010: 45,49 1.7.2011: 45,88 1.7.2012: 46,18

Mio. EUR) gleichzeitig verkraften. Dies sind zusammen 9,8 Mio. EUR. Wir gehen aktuell von einer überplanmäßigen Rücklagenentnahme in Höhe von bis zu 6,8 Mio. EUR aus. Dies missfällt mir nicht nur, es belastet auch die Folgejahre, weil diese 6,8 Mio. EUR nicht mehr zum Haushaltsausgleich im Vermögenshaushalt in den Folgejahren rechnerisch zur Verfügung stehen. Vielleicht können wir einen Teil im Rahmen der Jahresrechnung retten. Wir wissen es aber noch nicht, insofern muss die Kämmerei wie ein vorsichtiger Kaufmann agieren. Auch deswegen steht die Ampel auf gelb und nicht auf grün. D.h. es geht um die Wurst bzw. die Rettung des gemeinsamen „Wurstvorrates“.

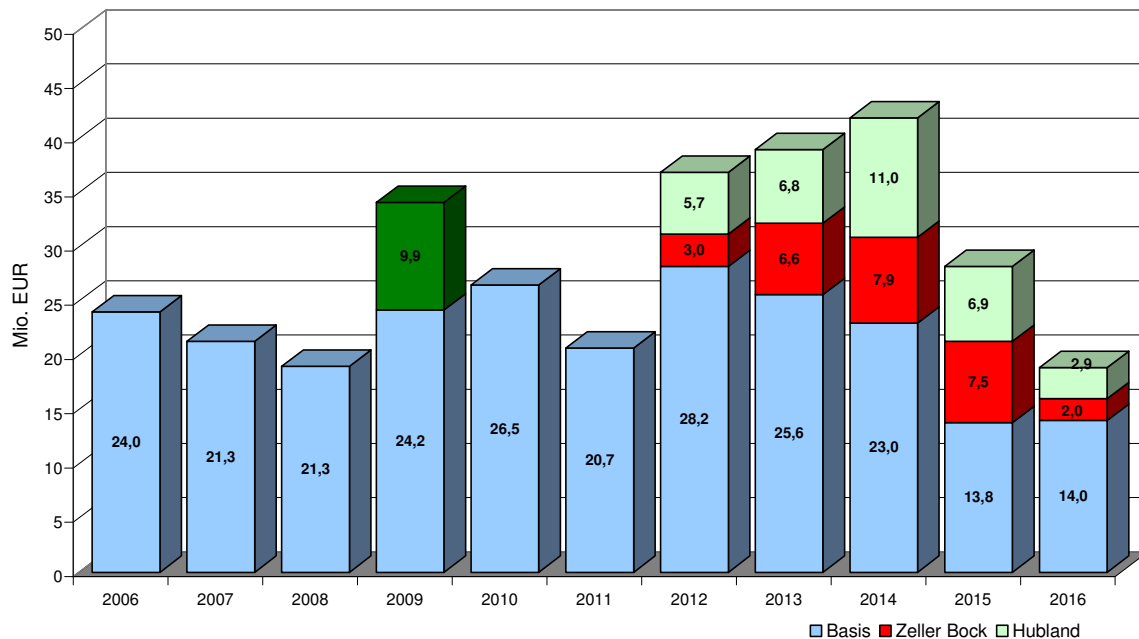
Die Konsequenz heißt Sparen im Verwaltungshaushalt an allen Ecken und Enden. Dies betrifft die „Aufwuchshöhenkontrolle“ der Sachkostenetats aber auch von Budgets wie die des Theaters. Positive Anreize zu setzen, wenn es am Geld fehlt um Anreize zu schaffen, erscheint zunächst nicht möglich. Dort wo aber öffentliche Leistungen im eigenen Sendungsbewusstsein erbracht werden und das Publikum beglückt wird, da ist auch Anreizpolitik und zwar innerhalb der Verwaltung bzw. in den Leistungsbeziehungen zu den Leistungserbringern denkbar und möglich. Dies trifft in besonderem Maße auf die Kulturpolitik zu. Das „Aufregerbuch“ des Jahres von Haselbach und anderen stellt die sinnreiche Frage, warum die Hochkultur ihr Publikum scheinbar nur noch mit nachlassender Nachfrage, also Publikum, erreicht. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass anscheinend die Produktangebote am Geschmack des Publikums ein Stück weit vorbeigehen. Ein zu viel oder ein immer Mehr an öffentlicher Defizitfinanzierung konditioniert hierbei nicht die Anbieter, sich nach den Wünschen des Publikums zu richten. Es wird also die Frage gestellt, ob nicht zum Beispiel eine konsequente Unterfinanzierung ein marktgerechteres und damit haushaltsmäßig billigeres Angebot erzwingen kann.³

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir werden es schaffen, auch über diese Unebenheiten hinweg zu kommen und wenn die Ampel nur gelb blinkt, kann man vorsichtig über die Kreuzung fahren. Dies zeigt sich beim Blick auf unser Investitionsprogramm.

³Vgl. Dieter Haselbach, Armin Klein, Pius Knüsel, Stephan Opitz: „Der Kulturinfarkt: Von Allem zu viel und überall das Gleiche. Eine Polemik über Kulturpolitik, Kulturstaat, Kultursubvention.“, München 2012.

Investitionen im Kernhaushalt



Unsere Investitionstätigkeit im Kernhaushalt entwickelt sich von knapp 37 Mio. EUR auf planmäßig 39 Mio. EUR in 2013. Das sind Spitzenwerte, die zeigen, dass wir in allen Bereichen Schulen, Straßen und Instandhaltungsinvestitionen unserer sonstigen Einrichtungen aufholen. Im Sockel steckt viel drin. Exemplarisch zählen dazu Schulsanierungen in Höhe von 2,0 Mio. EUR, der Neubau der staatlichen FOS/BOS mit rd. 3 Mio. EUR. Für Straßenbaumaßnahmen wenden wir 6,3 Mio. EUR auf. An Poolmitteln für Straßen, Brücken und Altlasten stehen nochmals rd. 2 Mio. EUR bereit. Für die zwei Brückenbauwerke Randersackerer- und Seinsheimstraße kommen rd. 4 Mio. EUR hinzu.

Highlight ist neben der neuerlichen Veranschlagung der Hofstraße aber sicherlich die Umgestaltung der Eichhornstraße mit einhergehender Tiefgaragenzufahrtsverlegung mit rd. 2 Mio. EUR. Dies ist ein bedeutsamer Meilenstein in der Stadtentwicklung, der es uns ermöglicht, perspektivisch die Eichhornstraße und die Spiegelstraße zu 1a oder 1b Lagen zu entwickeln. Aus bautechnischen und aus haushalterischen Gründen bilden wir zunächst finanziell lediglich den ersten Bauabschnitt, dieser umfasst die Eichhornstraße bis zur Einmündung der Martinstraße und die Martinstraße selbst, ab. Damit können wir nach Kassenlage und nach Entwicklung am Mozartareal weitermachen und weiterbauen.

Allein die Möglichkeit, die Achse zum Kardinal-Faulhaber-Platz in dieser Form aufzuwerten, ist wertsteigernd für das geplante Einkaufszentrum auf dem Areal des Platzes und der Schule. Hierfür auch mein Kompliment an den Herrn Oberbürgermeister und den Stadtbaurat, die diese Chance mit den Hauptbeteiligten so glücklich vorverhandelt haben. Bezüglich der Einnahmeerwartung am MOZ halte ich den von Prof. Baumgart und mir entwickelten Weg für den richtigen, um den gordischen Knoten auch um den erhaltenswürdigen Anteil des Schulgebäudes aufzulösen. Es gilt zu hoffen, dass Anbieter in unterschiedlichen Varianten eine Bebauung vorschlagen werden. Die Preisschilder, die den Totalabriss beinhalten, dürften dabei höher ausfallen, als diejenigen, die einen Teilerhalt konzeptionell beinhalten. Die Differenz ist der politische Preis des Erhalts eines Kleinod aus den fünfziger Jahren. Der Stadtrat muss dann abwägen, ob dieser Preis den Erhalt rechtfertigt oder ob es überhaupt haushalterisch denkbar ist hier auf eine potentielle Einnahme zu verzichten. Und dies vor dem

Hintergrund der Notwendigkeit, etwas für die Attraktivität des Einzelhandelsstandortes Würzburg zu unternehmen.

Zum Konversionsgelände: Brechts bekanntestes Zitat handelt von der Moral. Aus Gründen der haushalterischen Hygiene gebe ich es hier nicht wieder. Wenn wir unsere Pensionsfondsmittel im Hubland anlegen, so ist das zwar clever und entspricht der Eigentumswohnung für den Privatmann in Zeiten der Inflationserwartung, aber aus der Moral heraus betrachtet kann es sich lediglich um ein Provisorium handeln. Wir haben hier eine faire Vereinbarung mit uns selbst geschlossen. Verzinsung der Pensionsfondsmittel entsprechend der aktuellen Renditeentwicklung unseres Fonds, zuzüglich einer Beteiligung am potentiellen Mehrerlös. Auch deswegen gilt mein Hauptaugenmerk der frühzeitigen und wertschöpfenden Vermarktung unserer Flächen am Hubland. Wir befinden uns dabei auf einem guten Weg.

Wenn alles planmäßig verläuft, können wir in diesem Jahr bereits einen Teil der Veräußerungserlöse für unsere Gewerbegebietsflächen vereinnahmen. Auch das TGZ-Neu bekommen wir in trockene Tücher. Beim Studentenwerk liegt es am Studentenwerk selbst, ob dieses Jahr noch ein Vertragsabschluß zu Stande kommt. Hier schadet sicherlich nicht ein bisschen Druck auch von Seiten der Studierenden. Bezogen auf die Entwicklung des sogenannten European-Geländes befinden wir uns gleichfalls im Plan. Wichtig erscheint mir eine sozial ausgewogene Entwicklung des Geländes herbeizuführen und hierzu gehört neben einem Flächenangebot für z.B. Eigentumswohnungen vor allem aber auch die Schaffung erschwinglichen Wohnraums für jedermann. Nebenbedingung ist gleichwohl, *„erst ist der Bär zu erlegen und dann das Fell zu verteilen“*. Dies entspricht auch der haushalterischen Logik. Mit Preisnachlässen werden wir nicht gleich am Anfang aufwarten können. Die attraktivste und schnellstmöglich vermarktbare Fläche ist das Quartier I, direkt am Eingang des Konversionsgeländes. Wir entwickeln zur Zeit die Vermarktungsstrategie. Erste Überlegungen hatte ich bereits im Konversionsausschuss vorgestellt. Erfahrungen, die wir an anderer Stelle, im Baugebiet Am Rebenbogen sammeln, können wir hier einfließen lassen. Das beabsichtigte Ausbietungsverfahren ist nach Abgabeschluß und damit nach aktuellem Stand ausgesprochen positiv angenommen worden. Wenn alle Bieter zum Notartermin erscheinen, sind alle Grundstücke verkauft. Ein solches preismaximierendes Verfahren wird gleichwohl nicht für das gesamte Quartier I in Frage kommen, aber für Teilflächen, die hierfür besonders geeignet erscheinen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir können soviel Geld haben wie wir wollen, es wird nie wirklich genug sein, soviel ist sicher. Das war weder in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts so, noch war es in den in der Rückschau guten siebziger Jahren so. Vor diesem Hintergrund haben wir uns in den letzten Jahren auf eine sogenannte Prioritätenliste verständigt, die wir jedes Jahr fortschreiben wollen.

Auszug Fortgeschriebene Investitionspriorisierung bis 2020

Stand: 08.10.2012

A) Unabweisbar (vertragliche/gesetzliche Verpflichtung oder bauliche/verkehrssicherungstechnische Notwendigkeit)	= im Haushalt bzw. in den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften finanziert/anfinanziert										
	Gesamt	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
► Hochwasserschutzmaßnahme an der Kürnach (Gemeinschaftsmaßnahme mit EBW); gesamt rd. 4,3 Mio. €	4,3	-	-	-	1,5	1,5	1,4	-	-	-	-
► Erneuerung Brücke Seinsheimstraße (Kostenanteil Stadt ca. 1,4 Mio.€, nach Abzug der GVFG-Förderung und der Ablösebeträge verbleibt ein Kostenanteil netto i.H.v. ca. 0,6 Mio.€	0,6	0,1	-	0,4	0,1	-	-	-	-	-	-
► Landesgartenschau 2018 (Investitionen ca. 14 Mio. € abzgl. ca. 3,6 Mio.€ Förderung = Nettobedarf i.H.v. ca. 10,4 Mio.€). Rücklagenansparung f. Investitionen bis 2011 = 4,5 Mio.€, damit noch zu finanzieren = 5,9 Mio.€ . NACHRICHTLICH: Dazu kommen noch die Kosten der Durchführung i.H.v. ca. 8 Mio.€	5,9	-	-	-	-	-	4,0	1,9	-	-	-
► Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Hubland (ab 2012 ohne Belastung für den städt. Haushalt veranschlagt	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
► Sanierungszuschuss für die Überleitung des städt. Mozart-/Schönbornrgymnasium in Evang. Gymnasium Würzburg GmbH, gesamt max.12 Mio.€	12,0	-	1,5	1,5	1,6	1,6	1,7	1,7	1,7	0,7	-
► Beteiligung am Ausbau der Bundesautobahn A 3 i.H.v. 2,9 Mio.€ ab Baubeginn, gesamt 2,9 Mio.€	2,9	-	-	-	0,5	0,5	0,5	0,7	0,7	-	-
► Gemeindeverbindungsstraße von Lengfeld mit Anschluss an die B19 zur Kreisstraße WÜ 8, Platzhalter = 1,5 Mio. €	1,5	-	-	-	1,0	0,5	-	-	-	-	-
► Bahnhaltepunkte Heidingsfeld (derzeit noch ohne Betrag, Platzhalter = 1,0 Mio.€)	1,5	-	-	-	-	-	1,5	-	-	-	-
► Hochwasserschutz Heidingsfeld (derzeit noch ohne Betrag)											
Summe Finanzierungsbedarf A)	28,7	0,1	1,5	1,9	4,7	4,1	9,1	4,3	2,4	0,7	0,0

Hier ein Auszug aus der Fortschreibung und zwar die Kategorie A) der unabweisbaren Investitionen.

Ich sage Ihnen ganz offenherzig: Ich hätte es vor drei Jahren nicht für möglich gehalten, dass wir so viele Vorhaben zwischenzeitlich haben auf „Grün“ setzen können. Als neues „Kamel“, um den Begriff wieder zu verwenden, ist das neue Feuerwehrzentrum aufgetaucht, das jetzt mit Blaulicht und Martinshorn um die Ecke kommt. Eine komplette Durchfinanzierung mit einer Nettobelastung von über zehn Mio. EUR, auch nach Abzug von potentiellen Fördermitteln, lässt sich aktuell nicht darstellen. Dies ergibt sich auch aus meinen weiteren Ausführungen, vor allem aber auch im Hinblick auf unsere Hauptaufgabe, die Konversion am Hubland zum Erfolg zu führen. Dieses Projekt haben wir daher neu in die Prioritätenliste, aber nicht grün unterlegt, aufgenommen.

Mit unseren weiteren Projekten sind wir in 2012 erheblich vorwärts gekommen. Dies betrifft die Gründung unserer Bäder GmbH, die abgeschlossen ist. Die Planung wird vorangetrieben und zügig auch einer Debatte hier im Stadtrat zugeführt, um die Ausdifferenzierung eines potentiellen Freizeitangebotes erörtern und beschließen zu können. Es handelt sich schließlich um das Familienbad für ganz Würzburg. Flankierende Angebote, z.B. Investitionen in Sauna und Gastronomie über den klassischen Pommes- und Cola-Kiosk haben lediglich dienende Funktion zur Reduzierung der laufenden Defizitsituation. Es handelt sich um eine sog. Annextätigkeit, die als Stand-Alone-Aufgabe ohnehin unzulässig wäre. Ich freue mich auf die Erörterung dieser thematischen Ausrichtung, die in der Kommunikation vom gemeinsamen Konsens, diese Einrichtung zukunftsfähig auszugestalten und im modernen Antlitz unseren Bürgerinnen und Bürgern bereitzustellen, getragen ist.

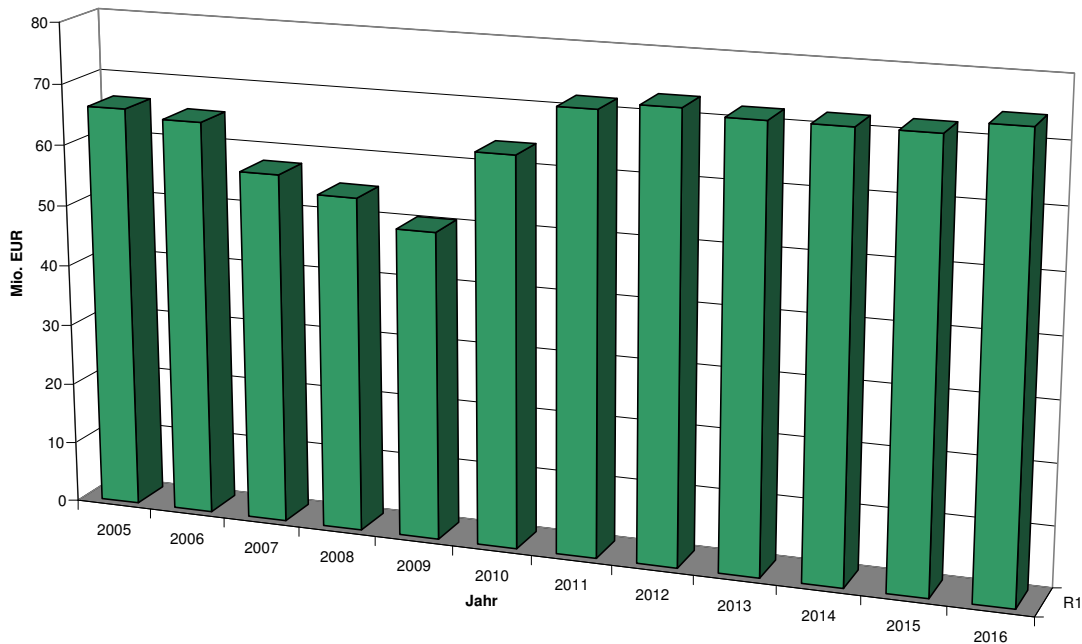
Das Kongreßzentrum ist sogar noch weiter gediehen. Das Investitionsprogramm steht im Detail. Wir verhandeln aktuell den sogenannten Umbauvertrag mit Maritim und ich hoffe, ein

bisschen Bewegung auch auf der Gegenseite vorausgesetzt, dass wir in den nächsten Wochen zum Abschluss kommen können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Man muss aber bremsbereit sein, wenn die Gewerbesteuer sich nicht wie gewollt entwickeln will. Es gibt schließlich Konjunkturpessimismus, wie er z.B. durch das ifo-Geschäftsklima aufgezeigt wird. Es gibt aber auch positive Entwicklungen wie die rückläufigen Arbeitslosenzahlen und die Entwicklung der Exportwirtschaft.

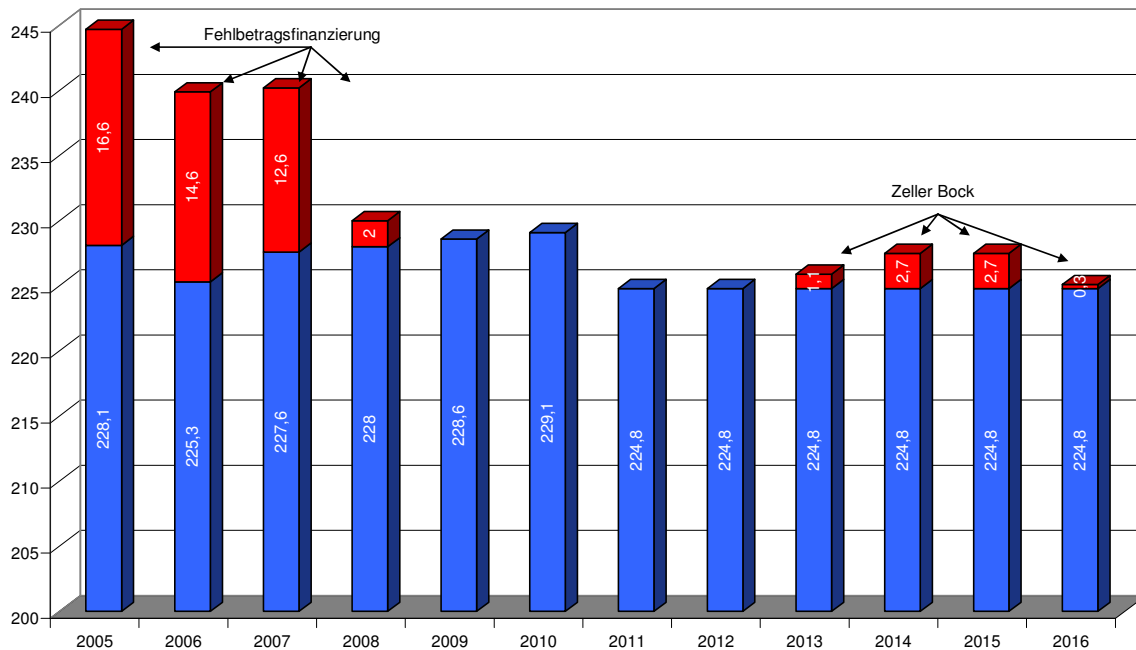
Gewerbesteuerentwicklung



Die Gewerbesteuerentwicklung kann, muss aber nicht ihren Zenith überschritten haben. Die Zuwachsraten der Maisteuerschätzung gehen noch von einem Plus von 4 %, 2012 auf 2013 aus. Die Gewerbesteuerentwicklung ist allerdings eine lokale Erlebniswelt und abhängig von der konjunkturellen Entwicklung und vor allem dem Unternehmensbesatz vor Ort. Der Höchstansatz 2012 ist ohnehin geprägt von einem periodenfremden Ereignis, so dass ich den planmäßigen Rückgang von 73 auf 72 Mio. EUR nicht als Vorsichtsmaßnahme darstellen möchte. Es handelt sich weiterhin um einen ambitionierten Ansatz, der auch erwirtschaftet werden muss. In der Tat konnten wir in den vergangenen Jahren einige Ansiedlungserfolge, vor allem aber positive Entwicklungen bei wenigen Gewerbesteuerzahlern, die in unsere Hitliste der „Top Ten der Gewerbesteuerzahler“ neu aufgenommen werden konnten, konstatieren.

Unsere Hauptaufgabe wird es auch sein, neue Gewerbegebietsflächen in den nächsten Jahren zu entwickeln, damit diese im nächsten Boom zur Verfügung stehen. Unsere eigenen Flächenreserven in Würzburg Ost und in Rottenbauer sind weitestgehend vermarktet. Zielflächen sind die Ansiedlungsmöglichkeiten auf dem Hubland, aber auch auf dem Konversionsareal Faulenbergkaserne. Hier müssen wir die BIMA fleißig machen. Und auch die Reserveflächen, die entlang der Bahntrasse in der Nähe zum Hauptbahnhof eigentlich da sind, müssen einem schnellstmöglichen Besatz zugeführt werden. Es geht um das Geld der Zukunft. Nur so lässt sich die Einnahmenbasis von Übermorgen sichern.

Schuldenstandsentwicklung



Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Thema Schulden: In der Grafik ist die Schuldenstandsentwicklung und deren Abbau vor allem der Altfehlbeträge abgebildet. Nicht enthalten ist die planmäßige Tilgung von Bayern-Grund und IG-Basketball. In den letzten Jahren haben wir den Schuldenstand um rd. 10 % senken können. Der Zeller Bock bei gegebenem schierem Umfang unserer Finanzierungsaufgaben verengt unsere Handlungsoportunitäten, so dass wir hier in die Fremdfinanzierung müssen.

Global denken, lokal handeln. Der Blick über Würzburg hinaus darf auch in dieser Haushaltsrede nicht fehlen. Wir haben es zur Zeit mit Blick auf die Kommunal Finanzen mit der Unzeitigkeit von mehreren Themen zu tun, die auf uns niederkommen. Es handelt sich um die Europäische Staatsschuldenkrise, die zeitlich zusammenfällt mit der Kommunalschuldenkrise in mehreren Bundesländern. Diese Entwicklung wird begleitet von der sogenannten Schuldenbremse, aber nunmehr auch vom Fiskalpakt, der direkte Auswirkungen auf die kommunalen Verschuldungsmöglichkeiten haben wird. Gleichzeitig ist Basel III durch die Antizipation der künftigen Regelungszustände schon in Teilen Realität. Hierzu zählen zumindest bankintern bereits Ratings und die Differenzierung von Kommunalkreditkonditionen.

In der Konsequenz merken wir auch als guter Schuldner, dass die Anzahl der Marktteilnehmer gravierend abgenommen hat. Dies liegt zum Einen am unfreiwilligen Ausscheiden verschiedener Marktteilnehmer oder dem Überdenken der Geschäftsstrategien mit einem Rückzug aus dem Geschäftsfeld öffentliche Kunden in der Folge. Zum Anderen wird die kommunale Familie kritischer betrachtet als in der Vergangenheit. Es fehlt ein Stückweit der Glaube an die Rückzahlungsfähigkeit mancher Kommune, nicht Würzburg. Bankenseitig wird davon ausgegangen, dass ca. 20-40 % an Liquidität aus dem Markt abgezogen worden sind und diese in andere Assetklassen investiert werden. Mit dieser veränderten Umfeldsituation müssen wir umgehen und uns neue Refinanzierungsmöglichkeiten, insbesondere im Rahmen von Umschuldungen erschließen. Das Ziel ist dabei die sogenannte Disintermediation, d.h. den Weg zu Endinvestoren, seien es

Bürger oder institutionelle Investoren, wie Versicherungen zu finden. Instrumente, die wir uns erschließen müssen, sind in Stichworten: Bürgeranleihen, handelbare Schuldscheindarlehen sowie auch Kommunalanleihen.

Daher hatte ich bereits vergangenes Jahr die fränkischen Kollegen zu einer Regionalkonferenz zum Thema „Kommunale Gemeinschaftsanleihe“, eingeladen. Wie erwartet, sind als engere Interessenten auf Grund der Volumensnotwendigkeiten Nürnberg und Würzburg übrig geblieben. Eine entsprechende Vorlage mit einer vertieften und differenzierten Darstellung kommt in den beiden Städten in den jeweils nächsten Sitzungslauf. Für Würzburg geht es im Wesentlichen dabei um die Anschlussfinanzierung von bestehenden Darlehen, weniger um einen neuen Finanzbedarf. Dies als Avise.

Wir hatten es die ganze Zeit von der Wurst. Die vegetarische Version zur Rücklagenentwicklung handelt vom Käse: Zwei Mäuse im Keller werden von einem fetten Käsestück angezogen. Die erste Maus stellt fest: „Der frühe Vogel fängt den Wurm“ und stürzt sich auf den Käse. Die Mausefalle schlägt erbarmungslos zu. Die zweite Maus bemerkt nachdenklich: „Das mag wohl sein. Aber die zweite Maus frisst den Käse.“ - Die Moral der Geschichte aus Sicht des Kämmerers lautet: Erstens, wir brauchen mehr Käse und Zweitens: Erst mal gucke!

Zum Schluss danke ich außerordentlich gerne und herzlich den Kolleginnen unserer Kämmerei. Frau Kämmereiamtsleiterin Hecht (in Nachfolge von Herrn Kempf) und ihr Team haben den Haushaltsentwurf im Kleinen zusammengetragen und zu einem großen und umfangreichen Werk aggregiert.

Ich freue mich auf gute und konstruktive Haushaltsberatungen!

Vielen Dank.

Christian Schuchardt
- Stadtkämmerer -